

ANTISERUM

Krankenhauszeitung zur Vernetzung von Widerstand gegen Privatisierung, Stellenabbau, Lohnklaus und Konkurrenzkampf
Nr. 4 März 2009

Beschäftigte erkämpfen mehr Geld, aber :

Unterfinanzierung der Krankenhäuser nicht beseitigt

130.000 Krankenhausbeschäftigte demonstrierten letzten September in Berlin. Ihr Ziel: „Der Deckel muss weg!“ Gemeint ist die seit 16 Jahren bestehende massive Unterfinanzierung der Krankenhäuser durch den Budgetdeckel. 100.000 Stellen wurden in den letzten 10 Jahren abgebaut, davon 50.000 Pflegekräfte. Die veröffentlichten Mängel in der Patientenversorgung belegen: es herrscht Pflegezustand.

Nur 1,41% Budgetsteigerung in 2009

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) rechnete vor, dass den Krankenhäusern 50 Mrd. Euro an Investitionen und ab 2009 für Betriebskosten 7 Mrd. fehlen. Die Beschäftigten erreichten mit ihren Protesten, dass geplante weitere Kür-

zungen gestoppt und stattdessen die Budgets 2009 um 1,78 Milliarden aufgestockt werden. Die Budgetsteigerungen bleiben damit in 2009 laut DKG auf 1,41% begrenzt (2008: 0,14), 220 Millionen Euro sollen zur Schaffung von zusätzlichen Pflegestellen ausreichen. Dass es überall zur Schaffung neuer Stellen kommt, ist fraglich. Denn die einzelnen Krankenhäuser müssen die zusätzlichen Stellen durch eigene Mittel mitfinanzieren. Die von uns erkämpfte Lohnerhöhung wird nur zu 50% ausgeglichen, soweit sie die Veränderung von 1,41% übersteigt. Zudem wird mit der geplanten Einführung von Fallpauschalen in der Psychiatrie (vorerst in abgeschwächter Form) der Konkurrenzkampf um die billigsten Kosten für die Psychiatrien massiv verschärft.

Personalabbau geht weiter

Die Verantwortlichen der ver.di-Kampagne „Der Deckel muss weg!“ bilanzieren: „Zum ersten Mal seit 1993 ist die Personalausstattung wieder Gegenstand eines Krankenhaus-Gesetzes. Die konkreten Maßnahmen sind aber bescheiden.“ Für die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG), die mit ver.di federführend im „Aktionsbündnis Rettung der Krankenhäuser“ agierte, ist nach der Verabschiedung des neuen Krankenhausgesetzes das Bündnis mit den „lieben Mitarbeitern“ erledigt. Sie werden die Finanzierungslücke weiter auf die Beschäftigten abwälzen. In ihrer Stellungnahme vom 17.12.2008 erklärt die DKG: „Mit dem Hilfspaket der Koalition für die Tarifsteigerungen wird nur etwa die Hälfte des Personalkostenanstiegs refinanziert. Mit der anderen Hälfte, ca. 2 Milliarden Euro sowie mit dem Anstieg der Sachkosten werden die Krankenhäuser alleingelassen. Dies wird bei einem Personalkostenanteil von über 65 Prozent zu einem weiteren deutlichen Arbeitsplatzabbau führen. Die längst aus finanzieller Not nach 15 Jahren Deckelung stattfindende schleichende Rationierung wird sich ebenso wie der Weg in die Zweiklassenmedizin nochmals beschleunigen.“ Dies ist eine Kampf-ansage der Arbeitgeber an die Beschäftigten.

Fortsetzung: Seite 2





Kampfkraft verspielt

Die katastrophalen Zustände ließen viele auf die Straße gehen. Im November mussten sich in Stuttgart auf einer öffentlichen Personalversammlung anwesende Politiker und Manager von einer Krankenschwester aus einem kirchlichen Krankenhaus anhören: „Wir sitzen im selben Boot. Nur sitzen Sie auf dem Promenaden-Deck. Wir sitzen vier Decks drunter und schaufeln Kohlen – die gehen aus. Wir verheizen uns selbst. Sie liegen im Ein-Bett-Zimmer, der Bürger im 4-Bett-Zimmer.“

Ver.di setzte trotz dieses Interessens-

gegensatzes zwischen Krankenhausbeschäftigten und -Arbeitgebern mehr auf das gemeinsame Aktionsbündnis als auf die Mobilisierung zur Durchsetzung konkreter Forderungen (bessere Bezahlung – Verhandlungen zur Entgeltordnung im TVöD, mehr Stellen – Personalbemessung). Dies schürte Illusionen in die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern und behinderte die Mobilisierung, weil viele Beschäftigte zurecht aus Erfahrung den Arbeitgebern misstrauen.

Daran hätte ver.di anknüpfen und die Diskussion anstoßen sollen, wie Beschäftigte mit Demonstrationen und Streiks ihre Interessen und die der Patienten durchsetzen können.

Die Betriebsratsvorsitzende der städtischen Kliniken Köln brachte es bei der Kundgebung gegen den Pflege-notstand auf den Punkt: „Lasst uns kämpfen wie die Lokomotivführer!“ Das wäre am besten geeignet, um Beschäftigte im Gesundheitswesen und anderen Branchen gemeinsam für gute Arbeitsbedingungen und eine gute Patientenversorgung zu mobilisieren.

Druck von unten fortsetzen

Wenn es nach den ver.di-Oberern gegangen wäre, hätte es keine Kampagne gegen den Budgetdeckel gegeben. Offizielle ver.di-Position im Ein-

klang mit Ulla Schmitt wäre immer noch, dass es genug Geld für die Krankenhäuser gäbe, sie müssten nur richtig wirtschaften. Die „Deckel weg!“-Kampagne war das Ergebnis des Drucks von unten in ver.di. Doch die entstandene Kampfbereitschaft wurde nicht zu einer von den Arbeitgebern unabhängigen Kampagne für mehr Personal weiterentwickelt. In einer Pressemitteilung des Aktionsbündnisses vom 18.12.2008 vertritt die ver.di-Führung gemeinsam mit den Arbeitgebern die Beschäftigten auf die Bundestagswahl: „Die Krankenhäuser und ihre Beschäftigten erwarten, dass der 2009 neu zu wählende Deutsche Bundestag und die Bundesländer die Krankenhausfinanzierung endlich auf gesunde Beine stellen.“ Bis dahin werden weiter Stellen gestrichen, Stationen geschlossen, Bereiche privatisiert und manche Krankenhäuser ganz geschlossen werden, es sei denn wir führen den Kampf um eine Personalbemessung und für mehr Geld für Krankenhäuser konsequent weiter und schrecken auch vor Streik nicht zurück. Um dies innergewerkschaftlich durchzusetzen, müssen wir entsprechend Druck aufbauen und Initiativen von unten ergreifen.

Dieter Janßen, ver.di-Vertrauensmann und Personalrat im Klinikum Stuttgart

Bericht aus dem Krankenhaus Dresden-Neustadt

Die meisten MitarbeiterInnen des Krankenhauses Dresden Neustadt sind froh, dass das Thema GmbH-Gründung vorerst vom Tisch ist. Ohne das Bürgerbegehren („Für den Erhalt der städtischen Krankenhäuser“) und die Aktivitäten von Betriebsgruppe und Personalrat wäre dieses Vorhaben der Stadt wahrscheinlich nicht zu verhindern gewesen. Aufgrund unserer Arbeit spielte auch das Thema „Tarifvertrag zur Zukunftssicherung“ in den letzten Personalversammlungen keine Rolle mehr. Doch diese Situation ist nicht beruhigend genug, um sich zurückzulehnen. Einhellig sind Vertreter von Krankenhausleitungen, der Krankenhausesellschaft und der Gewerkschaften davon überzeugt, dass bei der aktuellen Unterfinanzierung der Krankenhäuser diese den Druck nicht mehr aushalten können. Es muss zwangsläufig dazu kommen, dass entweder Stellen abgebaut oder Löhne gesenkt, dass Ausgründungen oder Fu-

sionen vorgenommen werden oder dass an der Patientenversorgung gespart wird - oder die Krankenhäuser schreiben tiefrote Zahlen.

Dieses Szenario wurde uns auch auf den Personalversammlungen vermittelt. Die Pläne unserer Krankenhausleitung sind unter anderem:

- 1) Es sollen weitere Schwesterstellen abgebaut werden. Angeblich gäbe es laut PPR bei uns noch zu viel Personal. Wir haben uns im Personalrat diese Berechnung einmal vorrechnen lassen. Dabei mussten wir feststellen, dass dabei falsche Grunddaten als Basis genommen wurden.
- 2) „Pflegefremde“ Aufgaben sollen an weniger qualifiziertes Personal übertragen werden
- 3) Die Arbeitszeit soll weiter „flexibilisiert“ werden- wenn die Stationen nicht voll belegt sind, sollen Schwestern nach Hause gehen .
- 4) Es soll Einsparungen geben durch

die Zusammenlegung der Apotheken beider Krankenhäuser.

Welche Auswirkungen die Wirtschaftskrise auf unsere Krankenhäuser haben wird, ist im Moment noch nicht in vollem Ausmaß abzusehen. Wenn die Kosten für die Stadt höher werden dann werden wohl auch eine GmbH-Gründung oder Notlagentarifverträge wieder auf dem Plan stehen. Vor allem wenn die Wahlen vorbei sind und die Wahlversprechen wieder ungehindert gebrochen werden können.

Es wird dringender denn je nötig sein, dass wir uns gemeinsam stark machen. Unser Fahrradkorso im September gemeinsam mit der Uniklinik und dem KHDF war ein guter Anfang. Fakt ist: „Allein machen sie dich ein!“ Wer das genauso sieht, ist bei uns herzlich willkommen! Kontakt: 01577/2963245

Dorit Wallenburger, ver.di-Betriebsgruppe Krankenhaus Dresden Neustadt

Nein zum Krankenhausfinanzierungsgesetz

Kommentar von Beate Jenkner (Die LINKE), Bezirksrätin Oberbayern

Im September 2008 wurde ich als Spitzenkandidatin der LINKEN in den Bezirkstag von Oberbayern gewählt. Am 18.12.08 - einen Tag vor der Verabschiedung des neuen Krankenhausfinanzierungsgesetzes durch den Bundestag gab es die erste Sitzung des Bezirkstags nach der Wahl. Das Thema Krankenhausfinanzierung stand auf der Tagesordnung. Ich selbst arbeite seit 15 Jahren im Gesundheitswesen und weiß, wie sich die Versorgung der Patienten und die personelle Ausstattung in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen immer mehr verschlechtert. Zusammen mit dem weiteren Abgeordneten der LINKEN brachte ich einen Antrag in den Bezirkstag ein.

Sozialabbau geht weiter:

Ungeachtet der vielen Protestaktionen und der Großdemonstration, die am 25.09.2008 in Berlin stattfand, tritt jetzt das neue Krankenhausfinanzierungsreformgesetz (KHRG) in Kraft.

Das KHRG bedeutet, dass der Budget-Deckel bleibt. Die Unterfinanzierung der Krankenhäuser wird verschärft.

Den psychiatrischen Kliniken sollen von den Krankenkassen nur soviel Personalkosten zur Verfügung stehen, dass die gesetzlich vorgeschriebene Personalbesetzung (PsychPV) nur zu 90% umgesetzt werden kann. Hinzu kommt, dass die Fallpauschalen-Finanzierung auf die Psychiatrie



ausgeweitet werden soll. Für die steigenden Energie- und Sachkosten gibt es keine entsprechende Budgeterhöhung.

Belastungsgrenze erreicht:

Die LINKE hat auf der ersten Sitzung des Bezirkstags eine Resolution zur Ablehnung des KHRG eingebracht. (www.netzwerk-verdi.de/127.0.html)

Der Bezirkstag unterhält eine Reihe von neurologischen und psychiatrischen Kliniken, für die dieses Gesetz ebenfalls eine massive Verschlechterung bedeutet.

Herr Spuckti (Vorstand des KBO - Bezirkskliniken) verwies in seiner Rede nicht ohne Stolz darauf, dass viele Angestellte der Kliniken an der Großdemo am 25.09.08 in Berlin teilgenommen hatten. An anderer Stelle bekundet er, dass die Belastungsgrenze für das Personal erreicht sei.

Im Jahresbericht des BHZ Kempfenhausen in Bezug auf die Marianne-Strauß-Klinik steht zu lesen: Im Falle einer Abrechnung über DRG's würde nach Ende der Konvergenzphase aus heutiger Sicht ein Budgetverlust in Millionenhöhe entstehen.

Prof. Dr. Laux, Ärztlicher Direktor des

Inn-Salzach-Klinikums gGmbH, beschreibt in einem Bericht die Problematik von fehlendem Personal in den Kliniken. Diese sei bedingt durch die Budgetdeckelung bei den medizinischen Berufsgruppen.

Selber aktiv werden:

Die meisten Abgeordneten verweigerten der Resolution ihre Zustimmung.

CSU, ÖDP, Freie Wähler, Bayernpartei, Teile der SPD und FDP stimmten auf Nichtbefassung.

Diese Entscheidung löste nicht nur Unmut bei den anwesenden Betriebsräten aus, sie macht auch eins deutlich:

Wir können uns nicht auf die Parlamente und etablierten Parteien verlassen, sondern müssen den Protest weiter massiv auf die Straße tragen.

Die Gewerkschaft muss den Widerstand gegen die Milliardenkredite an die Banken und Konzerne, gegen Sozialabbau, mangelnde Bildung und Hartz IV bündeln und die Streikbewegungen vernetzen.

Ich wünsche mir für das Jahr 2009 Massenproteste, die klarmachen: Wir zahlen Eure Krise nicht! Kämpfen wir dafür!



ANTISERUM

Krankenhauszeitung zur Vernetzung von Widerstand gegen Privatisierung, Stellenabbau, Lohnklausur und Konkurrenzkampf

V.i.S.d.P Angelika Teweleit, Emser Str. 78, 12051 Berlin

www.netzwerk-verdi.de

Stärkt die Opposition in ver.di – kommt zum bundesweiten Treffen des Netzwerks für eine kämpferische & demokratische ver.di:

10. Oktober 2009

in Kassel

Wir zahlen nicht für eure Krise !

28. März: Demos in Berlin und Frankfurt/Main

Am ersten Januar wurde das Kindergeld nach acht Jahren Stillstand erstmals wieder erhöht. So lange brauchte die Politik um sich zu einer Anhebung um ganze 10 Euro pro Monat durchzuringen. Wenn es um die Profiteressen von Banken und Konzernen geht sind sie wesentlich schneller: Am 17.10. wurde das „Bankenrettungspaket“ beschlossen. Innerhalb eines Tages stimmten dem Bundestag, Bundesrat und Bundespräsident zu. Fast 500 Milliarden Euro wurden bereitgestellt um das renditegetriebene Geschäftsmodell der deutschen Banken zu retten. Allein die HRE-Bank erhielt bisher 102 Mrd. Euro. Für die Hälfte des Geldes (ca. 50 Mrd.) könnte auf einen Schlag der gesamte Investitionsstau im Gesundheitswesen aufgelöst werden. Die Infrastruktur der Kliniken könnte modernisiert und endlich mehr Personal eingestellt und endlich mehr bezahlt werden. Stattdessen sieht das Konjunkturprogramm bis 2010 ganze 14 Mrd. Euro für Investitionen ins Gesundheitswesen, Bildung, Verkehr und Städtebau vor. **Dieses Konjunkturpaket ist ein Skandal!** Um durchschnittlich 13 Euro pro Monat sollen die Steuern für Normalverdiener gesenkt werden während die Unternehmen auch noch bei den Krankenkassenbeiträgen entlastet werden. Der Abwrackprämie (2500 Euro pro Auto), einer Subvention für die Autokonzerne stehen 100

Euro Einmalzahlung für jedes Kind gegenüber. Die Prioritätensetzung von Staat und Kapital ist eindeutig: Profite gehen vor. Und was tut die ver.di-Führung? „Diesen neuen Schirm aufzuspannen war dringend notwendig und daher auch richtig“, so der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Uwe Foullong, Mitglied im ver.di Vorstand fordert eine „moralische Erneuerung“ der Finanzkonzerne. Dabei übersieht er völlig, dass das Problem nicht in einer falschen Moral, sondern im kapitalistischen Profitsystem insgesamt liegt. Um die Konjunkturpakete zu finanzieren verschuldet sich der Staat massiv. Hauptsächlich bei Großanlegern und Superreichen. Die Zinsen, an denen sich diese Krisenprofiteure weiter bereichern, zahlt der Steuerzahler. Und weiterer Sozialabbau droht: Geplant ist, in Zukunft die Neuverschuldung gesetzlich auf 0,35 Prozent des BIP zu begrenzen. Damit werden die Weichen gestellt für weitere Angriffe auf Arbeitslose, Beschäftigte und Rentner. Ganz deutlich sprechen Kapitalvertreter von einer Agenda 2020.

Breite Bewegung aufbauen!

Um das Abwälzen der Krisenkosten auf die einfache Bevölkerung zu verhindern ist eine breite Bewegung nötig. Eine Bewegung die durch Massenproteste und Streiks deutlich macht, dass die Verursacher der Kri-



se, die Banken und Konzerne, dafür auch zahlen müssen. Den Auftakt müssen die Großdemonstrationen am 28. März bilden. Ein breites Bündnis aus Gewerkschaftern, Erwerbsloseninitiativen und anderen Aktivisten mobilisiert für zwei Demonstrationen in Frankfurt/Main und Berlin. Diese Demonstrationen sind ein „Signal für gemeinsamen Widerstand“, so der Stuttgarter ver.di Geschäftsführer Riexinger. Der ver.di Bundesvorstand und der DGB weigern sich bisher für diese Demonstrationen zu mobilisieren. Umso wichtiger ist es, in Betrieben und gewerkschaftlichen Gliederungen dafür zu kämpfen, diese Demonstrationen zu unterstützen und vor Ort dafür zu mobilisieren.

Kämpfe zusammen führen!

Aktuell befindet sich ver.di in Tarifverhandlungen mit den Banken. Die erste Reaktion auf die Bankenkrise war die Absage der Urabstimmung und von Streikmaßnahmen. Die Verhandlungen sind seitdem ausgesetzt. Auch die Tarifaueinandersetzungen in den Ländern und bei der Telekom werden sehr halbherzig geführt. Eine erfolgversprechende Strategie wäre es, diese Tarifikämpfe zusammen zu führen und sie mit einer breiten – betrieblichen und gesellschaftlichen Mobilisierung gegen das Krisenmanagement der Regierung zu verbinden. Die Bewegung gegen die Politik der Regierung kann nur erfolgreich sein, wenn es gelingt sie in die Betriebe zu tragen. Und die Tarifaueinandersetzungen müssen politisiert und in eine verallgemeinerte Bewegung eingebettet werden und in einem eintägigen bundesweiten Streik- und Protesttag münden.

Bundesweite Demonstrationen in Berlin und Frankfurt am Main

Berlin

Auftakt: 12 Uhr Rotes Rathaus

Frankfurt/Main

Auftakt: 12 Uhr Hauptbahnhof und Bockenheimer Warte

